

Parteiprogramme im Vergleich

	SPD	CDU	FDP	Grüne	Linke
Bildungspolitik	<p>Rahmenbedingungen</p> <ul style="list-style-type: none"> * gebührenfreier Zugang zu allen Bildungseinrichtungen * Gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Behinderungen (Inklusion) als Ziel, Förderschulen als Ausnahmefall * nachhaltige Frauenförderung <p>Kinder</p> <ul style="list-style-type: none"> * Kibiz grundlegend reformieren * Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter 3 <p>Schule</p> <ul style="list-style-type: none"> * Gemeinschaftsschule: gemeinsames Lernen bis Klasse 6, ab Klasse 7 Differenzierung in Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialklassen möglich * Ganztagschule als selbstständige Schule mit neuer Lernkultur: individuelle Förderung in flexiblen Organisationsstrukturen, kleinere Klassen * Wahlfreiheit: Abitur nach 12 oder 13 Jahren * gleiche Eingangsbesoldung für alle Lehrämter * Vorrang des Elternwillens * Abschaffung der Kopfnoten * Ausbau der beruflichen Oberstufen an Berufskollegs <p>Universität</p> <ul style="list-style-type: none"> * Ausbau des Bafög * Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses, Über- 	<p>Rahmenbedingungen</p> <ul style="list-style-type: none"> lebenslanges Lernen <p>Kinder</p> <ul style="list-style-type: none"> * Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter 3 in Tageseinrichtungen oder Kindertagespflege * Ausbau von Kindertagesstätten zu Familienzentren * frühkindliche Sprachförderung, verpflichtende Sprachtests für Vierjährige <p>Schule</p> <ul style="list-style-type: none"> * mehr Ganztagsangebote an Grund- und Hauptschulen * Qualitätsoffensive Hauptschule * regionale Bildungsnetzwerke * ab 8. Klasse individuelle Förderung zur beruflichen Orientierung und Ausbildungsfähigkeit <p>Universität</p> <ul style="list-style-type: none"> * Ja zu Studiengebühren * Ausbau des Stipendien-systems 	<p>Rahmenbedingungen</p> <ul style="list-style-type: none"> * bessere Ausbildung der Erzieher * schrittweiser Verzicht auf Elternbeiträge * Gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen <p>Kinder</p> <ul style="list-style-type: none"> * garantierter Betreuungsplatz ab 2 <p>Schule</p> <ul style="list-style-type: none"> * Privatschulinitiative * mehr Eigenverantwortung der Schulen * veröffentlichtes Schulranking („Hitparade“) * Weiterführung des mehrgliedrigen Schulsystems * regionale Mittelschule möglich als Zusammenführung von Haupt-, Real- und Gesamtschulen * Optimierung des G8-Abiturs durch Abschaffung überflüssigen Detailwissens * Flexibilisierung der gymnasialen Schulzeit * kleinere Klassen, Minimierung des Unterrichtsausfalles * Durchlässigkeit zwischen Schulformen, auf Aufstieg ausgerichtete Beratung * jede 2. weiterführende Schule mit Ganztagsangebot * Englisch ab Klasse 1, 	<p>Rahmenbedingungen</p> <ul style="list-style-type: none"> * Fachhochschul-Studium für Erzieher * landeseinheitliche Elternbeiträge, auf Dauer Kostenfreiheit * kostenfreies Mittagessen * inklusives Schulsystem * Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund * Lehrer: Abschaffung des Beamtenstatus, Besoldung nach Engagement <p>Kinder</p> <ul style="list-style-type: none"> * keine Verschulung der Kitas, sondern den Entwicklungsprozessen der Kinder gerecht werden * mehr Familienzentren * Ausbau der U3-Betreuung * Revision des Kibiz <p>Schule</p> <ul style="list-style-type: none"> * Gemeinschaftsschule mit individueller Förderung * Ganztagschule * Kleinere Klassen * innovative Förderung statt Sitzenbleiben * Abschaffung der Kopfnoten * Wahlfreiheit: Abitur nach 12 oder 13 Jahren * mehr Beratungs- und Unterstützungssysteme 	<p>Rahmenbedingungen</p> <ul style="list-style-type: none"> * gebührenfreier Zugang zu allen Bildungseinrichtungen * Grundrecht auf Ausbildung: Stärkung der betrieblichen Ausbildung <p>Kinder</p> <ul style="list-style-type: none"> * Rücknahme des KiBiz, Schaffung guter Bedingungen für Kinder und Beschäftigte, in Kitas, Ganztags-schulen und Horten, zügiger Ausbau des Platzangebotes für unter Dreijährige <p>Schule</p> <ul style="list-style-type: none"> * eine Schule für alle bis Klasse 10 * individuelle Förderung * Lernmittel und Schulessen kostenlos * Abschaffung von Kopfnoten, zentralen Prüfungen und Turbo-Abitur * Ethik als Pflichtfach, Religion freiwillig <p>Universität</p> <ul style="list-style-type: none"> * Rücknahme des Hochschulfreiheitsgesetzes Ablehnung des Bologna-Prozesses, Studienreform

	<p>arbeitung der Studiengänge , freier Zugang zum Master- Studium * Öffnung der Universitäten für Berufspraktiker</p>		<p>benotete Zeugnisse ab Klasse 2 Universität * Ja zu Studienbeiträgen * Exzellenzinitiative * Forderung des Bologna-Prozesses * Ausbau der Fachhoch- schullandschaft</p>	<p>Universität * Abschaffung von Studiengebühren und Hochschulfreiheitsgesetz * Bologna-Reform korrigieren, Master für alle * besser ausgestattete, familienfreundliche Hoch- schulen</p>	
	SPD	CDU	FDP	Grüne	Linke
Soziale Gesellschaft	<p>Familie * Definiert als „Kinder in allen Lebenszusammenhängen“ * Kommunale Verantwortungsgemeinschaften für Kinder und Jugendliche mit finanziellem Gestaltungsspielraum. Abkehr von rein steuerlicher Unterstützung durch Freibeträge * Altersbedarfsgerechte Kindergrundsicherung Demographischer Wandel * Sozialer Wohnungsbau setzt Kommunen in die Lage, auf den Wandel zu reagieren. Gesundheitspolitik * Weiterentwicklung von gesetzlicher Krankenversicherung und stabilisierender Umlagefinanzierung zur Bürgerversicherung Gleichberechtigung * Förderung von Frauen in Führungspositionen (mind. 40% der Aufsichtsratsmandate durch Frauen) * Grundsatz gleiche Arbeit =</p>	<p>Familie * Ausbau von Kindertafeln im Kampf gegen Kinderarmut Demographischer Wandel * Wohnen in eigenen Wänden so lange wie möglich. Schaffung von Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen, in denen Ältere selbst bestimmt leben können * Gegen Altersdiskriminierung: Beendigung der Praxis einer Kreditverweigerung für Ältere zum Aufbau eines Unternehmens Gesundheitspolitik * Erforschung von Alterskrankheiten (Alzheimer etc.) durch Gründung neuer Forschungszentren Integrationspolitik * Wird definiert als Verbindlichkeit des Grundgesetzes. Europäische Leitkultur. Nein zur multikulturellen Gesellschaft * Verpflichtende Sprachtests</p>	<p>Familie * Definiert als „Fundament unserer Gesellschaft“ * NRW bis 2015 kinder- und familienfreundlichstes Bundesland * Steuerliche Gleichstellung von Kindern und Erwachsenen * Betreuungsgeld als „Familiengutschein“ für Familien, die Kinder zu Hause betreuen * Finanzielle Beteiligung an künstlicher Befruchtung („sächsisches Modell“) Demographischer Wandel * Neue Wohnformen im bisherigen Wohnumfeld (Generationenübergreifendes Zusammenleben) Gesundheitspolitik * Ausbau Erforschung spezifischer Alterserkrankungen, Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten,</p>	<p>Familie * Rechtsanspruch auf Betreuungsplatz in Kita für Kinder ab einem Jahr, Finanzierung über Gruppenpauschale * Bessere Ausstattung von Familienzentren. * Perspektivische Abschaffung von Elternbeiträgen * Schrittweise höhere Qualifikation des Kita-Personals mit höherer Entlohnung Demographischer Wandel * Arbeitsmarktpolitische Anreize zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer * Förderung neuer Wohn- und Pflegeformen (Hausgemeinschaften, Altenwohn-gemeinschaft) als Alternative zu stationären Einrichtungen</p>	<p>Grundsätzlich: * Keine Gestaltungsvorschläge, sondern „Forderungen“. Forderungen stellen normalerweise Verbände, von Parteien darf man Gestaltungsvorschläge erwarten. * Zahl der „Forderungen“ ist immens hoch (mindestens 100), manchmal ohne Detailkenntnis unverständlich. Klare „Forderungen“ (Auswahl) * Gebührenfreie öffentliche Kinderbetreuung * Einrichtung eines Landesprogramms zum beruflichen Wiedereinstieg für Frauen * Konsequente Umsetzung des Grundsatzes gleiche Arbeit = gleicher Lohn * Förderung der Sprachkenntnisse durch Ergänzungsunterricht</p>

	<p>gleicher Lohn</p> <ul style="list-style-type: none"> * Uneingeschränktes Adoptionsrecht für eingetragene Lebenspartnerschaften <p>Integrationspolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> * Förderung der deutschen und muttersprachlichen Fähigkeiten * Rechtssicherheit durch Beendigung der Kettenduldung * Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer, die seit Jahren in Deutschland leben * Recht auf freie Religionsausübung * Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst 	<p>für 4jährige. Dafür „massiver“ Ausbau des Sprachunterrichts als „Zeichen des Willkommenseins“</p> <p>Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst</p>	<p>Palliativmedizin, Hospizwesen</p> <p>Gleichberechtigung</p> <ul style="list-style-type: none"> * Stärkere Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen * Grundsatz gleiche Arbeit = gleicher Lohn * Teilzeitarbeit als flexible Arbeitsform für beruflichen Wiedereinstieg * Beseitigung von Benachteiligungen gleichgeschlechtlicher Lebensweisen im Landesrecht <p>Integrationspolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> * Sprachförderung durch vorschulische Sprachtests * Politische Partizipation durch Integrationsräte * Fortsetzung der Einbürgerungskampagne * Europäische Staatsangehörigkeit * Stärkere Einbindung im öffentlichen Dienst * Islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache 	<p>Gleichberechtigung</p> <ul style="list-style-type: none"> * Grundsatz gleiche Arbeit = gleicher Lohn * Frauenquote in Aufsichtsräten 	<ul style="list-style-type: none"> * Fortbildung der Lehrkräfte mit Deutsch als Fremd-/Zweitsprache * Einführung des Kommunalen Wahlrechts für alle <p>Unklare „Forderungen“ (Beispiele)</p> <ul style="list-style-type: none"> * „Besetzung aller Positionen“ auf allen Ebenen mit Frauenquote 50% (?also nicht nur im Aufsichtsratsbereich, sondern alle Arbeitsplätze?) * Am Bedarf orientierte Krankenhaus- und Bedarfsermittlung durch Gesundheitsberichtserstattung (?also nach Bedarf Gründung und Schließung von Krankenhäusern?)
	SPD	CDU	FDP	Grüne	Linke
Wirtschaft und Arbeitsmarkt	<p>Grundsätzliches</p> <ul style="list-style-type: none"> * Slogan: Gute Arbeit für alle * Industrie bleibt Fundament der Wirtschaft in NRW * Förderung des Mittelstandes ohne Vernachlässigung der Großindustrie * Ausstieg aus Kernkraft ist ein Muss 	<p>Grundsätzliches</p> <ul style="list-style-type: none"> * Slogan: Wachstum schafft Arbeit * Eigene Stärken stärken – NRW ist Industrieland * Förderung der engen Kooperation von Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden 	<p>Grundsätzliches</p> <ul style="list-style-type: none"> * Slogan: Aufstieg durch Wachstum * Fokus auf den Mittelstand und Industriestandort NRW * Reduzierung von Bürokratiebelastung, Steuerlast und Arbeitskosten * Freiheit vor Gleichheit, 	<p>Grundsätzliches</p> <ul style="list-style-type: none"> * Slogan: Grünes Wirtschaftswunder * Privat vor Staat ist der falsche Weg * Festhalten am Atomausstieg <p>Arbeitsbedingungen</p> <ul style="list-style-type: none"> * Leiharbeit ist bei 	<p>Grundsätzliches</p> <ul style="list-style-type: none"> * Slogan: Arbeit und Reichtum umverteilen * Gegen Hartz IV <p>Arbeitsbedingungen</p> <ul style="list-style-type: none"> * Arbeitszeitverkürzung ohne Einkommensverlust – Ziel ist die 30 Stunden Woche * Vorhandene Arbeit auf alle

	<p>Arbeitsbedingungen</p> <ul style="list-style-type: none"> * Konzerninterne Leiharbeit zeitlich befristet * Regelung der Dauer und Anzahl von Praktika * Entwicklung einer Anschlussförderung für die Kurzarbeit <p>Lohn</p> <ul style="list-style-type: none"> * Für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn * Gleicher Lohn für gleiche Arbeit auch in der Zeitarbeit * Unterbindung von Lohndumping bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen <p>Weiterentwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> * Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes * Bessere Anerkennung von ausländischen Abschlüssen 	<p>Arbeitsbedingungen</p> <ul style="list-style-type: none"> * regionale Bildungsnetzwerke zur Stärkung der Ausbildungsfähigkeit Jugendlicher <p>Lohn</p> <ul style="list-style-type: none"> * Förderung und Ausweitung des Kombilohn-Modells * Entschlossenes Vorgehen gegen Lohndumping (Allgemeinverbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen) * Gegen einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn <p>Weiterentwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> * Konzentration der Subventionen auf Innovationen (z.B. Bio-, Nano und Mikrotechnologie) * Förderung des Elektroautos: 250.000 Stück bis 2020 in NRW * Verbesserung der beruflichen Chancen für Frauen – z.B. durch Förderprogramme 	<p>Privat vor Staat und Erarbeiten vor Verteilen</p> <p>Arbeitsbedingungen</p> <p>Lohn</p> <ul style="list-style-type: none"> * Gegen eine gesetzlichen Mindestlohn <p>Weiterentwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> * Keine Subvention von Großprojekten und veralteten Industrien (Steinkohle) * Ausstieg aus der Steinkohlesubvention möglichst vor 2018 * bis 2018 Abschaffung der Wassersteuer * Investitionshemmnisse sollen beseitigt werden * Weitere Lockerung des Ladenschlussgesetzes (z.B. Backwaren und Videoverleih) * Verkürzung der Zahlungsziele der öffentlichen Hand 	<p>schlechterer Bezahlung keine Alternative zu regulären Arbeitsverhältnissen</p> <p>Lohn</p> <ul style="list-style-type: none"> * Einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn * Neubewertung frauentypischer Arbeitsplätze <p>Weiterentwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> * 200.000 neue Jobs durch gezielte Investitionen in Klimaschutz, Umweltwirtschaft, Bildung, Gesundheit und einen sozialen Arbeitsmarkt * Bis 2012 flächendeckende Breitbandversorgung zur Förderung kleinerer Unternehmen * Orientierung der EU-Fördermittel an sozial-ökologischen Zielen 	<p>verteilen</p> <p>Lohn</p> <ul style="list-style-type: none"> * Mindestlohn von 10 Euro <p>Weiterentwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> * Ökonomische Prozesse demokratisch gestalten – Wirtschaftsdemokratisierung und Pluralität gesellschaftlichen Eigentums * Rekommunalisierung öffentlicher Güter * Förderung von Genossenschaften, Belegschaftseigentum und öffentlichen Beteiligungen an Unternehmen * Subventionen sind nur dann zu gewähren, wenn diese zu einer staatlichen Beteiligung führen und durch einen Beirat kontrolliert werden
--	--	--	--	--	---